

Satzung über die Erhebung von Hundesteuer in der Gemeinde Haßloch vom 11.12.2002 in der Fassung der 4. Änderungssatzung vom 07.07.2021

Der Gemeinderat hat auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) und der §§ 2 und 5 Abs. 3 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) die folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1 Steuergegenstand, Entstehung der Steuer

- (1) Gegenstand der Steuer ist das Halten von Hunden im Gemeindegebiet.
- (2) Die Steuer entsteht mit Beginn des Jahres, für das die Steuer festzusetzen ist.

§ 2 Steuerschuldner*innen, Haftung

- (1) Steuerschuldner*in ist der/die Halter*in des Hundes. Hundehalter*in ist, wer im Gemeindegebiet seinen Hauptwohnsitz hat und einen Hund in seinen/ihren Haushalt oder Betrieb aufgenommen hat.
- (2) Als Halter*in gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält, wenn er/sie nicht nachweisen kann, dass der Hund in einer Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland bereits steuerlich erfasst ist. Die Steuerpflicht tritt in jedem Fall ein, sobald die Pflege, Verwahrung oder Haltung auf Probe oder zum Anlernen den Zeitraum von zwei Monaten überschreitet.
- (3) Alle in einen Haushalt oder in einen Betrieb aufgenommenen Hunde gelten als gemeinsam gehalten. Halten mehrere Personen gemeinsam einen oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner*innen. Gesellschaften, Genossenschaften und Vereine, die einen Hund halten, haben ein Mitglied zu bestimmen, das für die steuerlichen Angelegenheiten verantwortlich ist.

§ 3 Anzeigepflicht

- (1) Wer einen Hund hält (§ 2 Abs. 1), hat ihn binnen 14 Tagen nach Beginn der Haltung bei der Gemeinde anzumelden. Neugeborene Hunde gelten mit Ablauf des dritten Monats nach der Geburt als angeschafft. Bei der Anmeldung sind
 1. Rasse
 2. Geburtsdatum
 3. Herkunft und Anschaffungstagglaubhaft nachzuweisen.
- (2) Der/Die bisherige Halter*in eines Hundes hat den Hund, der abgeschafft wurde, abhanden gekommen oder eingegangen ist oder mit dem er/sie aus dem Gemeindegebiet wegzieht, innerhalb von 14 Tagen abzumelden. Im Falle der Veräußerung des Hundes sind bei der Abmeldung Name und Wohnung des Erwerbers/der Erwerber*in anzugeben.
- (3) Fallen die Voraussetzungen für eine Steuerermäßigung (§ 9) oder die Steuerbefreiung (§ 8) fort oder ergeben sich sonstige Änderungen in der Hundehaltung, so hat der/die Hundehalter*in dies binnen 14 Tagen anzuzeigen.

§ 4 Überwachung der Steuer

- (1) Die Gemeinde gibt im Abstand von 2 Jahren Hundesteuermarken aus, die bei der Abmeldung des Hundes wieder an die Gemeindeverwaltung zurückgegeben werden müssen. Der/Die Hundehalter*in darf Hunde außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundbesitzes nur mit der gültigen Hundesteuermarke umherlaufen lassen. Der/Die Hundehalter*in ist verpflichtet, einem/einer Beauftragten der Gemeinde die gültige Hundesteuermarke auf Verlangen vorzuzeigen. Andere Gegenstände, die der Hundesteuermarke ähnlich sind, dürfen dem Hund nicht angelegt werden. Hunde, die außerhalb der Wohnung oder des umfriedeten Grundbesitzes des Hundehalters/der Hundehalter*in ohne gültige Hundesteuermarke und unbeaufsichtigt angetroffen werden, können durch Beauftragte der Gemeinde eingefangen werden. Der/Die Halter*in eines eingefangenen Hundes soll von dem Einfangen des Hundes in Kenntnis gesetzt werden. Die entstandenen Kosten hat der/die Hundehalter*in zu ersetzen.
- (2) Die Gemeinde kann in Abständen von mindestens einem Jahr im Gemeindegebiet Hundebestandsaufnahmen durchführen. Dabei können folgende Daten erhoben werden:
 1. Name und Anschrift des Hundehalters/der Hundehalterin,
 2. Anzahl der gehaltenen Hunde,
 3. Rasse der gehaltenen Hunde sowie
 4. Zeitpunkt der Anschaffung eines Hundes.

Jede/r Grundstückseigentümer*in bzw. Hundehalter*in ist verpflichtet, der Gemeinde oder deren Beauftragten entsprechende Auskünfte zu geben.

- (3) Bei Verlust einer Hundesteuermarke wird dem/der Halter*in eine Ersatzmarke gegen eine Gebühr laut Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Haßloch in der jeweils gültigen Fassung ausgehändigt. Dasselbe gilt für den Ersatz einer unbrauchbar gewordenen Hundesteuermarke; die unbrauchbar gewordene Hundesteuermarke ist zurückzugeben. Wird eine in Verlust geratene Hundesteuermarke wieder aufgefunden, ist die wiedergefundene Marke unverzüglich an die Gemeindeverwaltung Haßloch zurückzugeben.
- (4) Bei Verzug des Halters/der Halter*in oder Abgabe des Hundes in eine andere Gemeinde i.S.d. § 3 Abs. 2 kann diese, im Rahmen einer Hundesteuerkontrollmitteilung, hierüber in Kenntnis gesetzt werden.

§ 5 Beginn und Ende der Steuerpflicht

- (1) Die Steuerpflicht beginnt mit Anfang des auf die Aufnahme eines Hundes in einen Haushalt oder Betrieb folgenden Monats, frühestens mit dem Monat, in dem er drei Monate alt wird.
- (2) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Kalendermonats, in dem der Hund abgeschafft wird, abhanden kommt oder stirbt. Kann der genaue Zeitpunkt nicht nachgewiesen werden, endet die Steuerpflicht mit Ablauf des Monats der Abmeldung.
- (3) Bei Wohnortwechsel eines Hundehalters/einer Hundehalter*in beginnt und endet die Steuerpflicht entsprechend den Absätzen 1 und 2.

§ 6 Steuersatz

Die Hundesteuer beträgt jährlich für Hunde, die innerhalb des Gemeindegebietes gehalten werden, für

- den ersten Hund	84,00 €
- den zweiten Hund	126,00 €
- jeden weiteren Hund	189,00 €

§ 7 Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Steuerschuld wird durch Abgabenbescheid als Jahressteuer festgesetzt.
- (2) Die Steuer wird erstmalig einen Monat nach Zugehen des Abgabenbescheides für die zurückliegende Zeit und dann vierteljährlich am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November mit jeweils einem Viertel des Jahresbetrages fällig.
- (3) Auf Antrag kann die Steuer, abweichend von Abs. 2, am 01. Juli in einem Jahresbetrag entrichtet werden. Der Antrag soll bis spätestens 30. September des vorangegangenen Kalenderjahres gestellt werden.
- (4) Für diejenigen Steuerschuldner*innen, die für das Kalenderjahr die gleiche Hundesteuer wie im Vorjahr zu entrichten haben, kann die Hundesteuer durch öffentliche Bekanntmachung festgesetzt werden. Für die Steuerschuldner*innen treten mit dem Tag der öffentlichen Bekanntmachung die gleichen Rechtswirkungen ein, wie wenn ihnen an diesem Tag ein schriftlicher Steuerbescheid zugegangen wäre.

§ 8 Steuerbefreiung

- (1) Steuerbefreiung ist auf Antrag zu gewähren für das Halten von
 1. Diensthunden, deren Unterhalt überwiegend aus öffentlichen Mitteln bestritten wird, insbesondere Diensthunde der Polizei, des Zolls, der Bundeswehr und der Forstwirtschaft,
 2. Hunden, die zum Schutz und zur Hilfe blinder, gehörloser oder sonst hilfloser Personen unentbehrlich sind. Sonst hilflose Personen sind solche Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkmalen „B“, „BL“, „aG“ oder „H“ besitzen,
 3. Hunden, die von wissenschaftlichen Einrichtungen ausschließlich zu wissenschaftlichen Zwecken gehalten werden,
 4. Hunden, die aus Gründen des Tierschutzes vorübergehend in Tierasylen oder ähnlichen Einrichtungen untergebracht sind,
 5. Sanitäts- oder Rettungshunde, die von anerkannten Sanitäts- oder Zivilschutzeinrichtungen gehalten oder ihnen uneingeschränkt zur Verfügung gestellt werden,
 6. Hunden, die nachweislich aus dem Tierheim des 1. Tierschutzvereins Haßloch und Umgebung e.V. erworben wurden.
 7. Hunde von Feldschutzkräften.
 8. Hunden, die als Jagdhunde eingesetzt sind und nachweislich die Jagdhundegebrauchsprüfung erfolgreich abgeschlossen haben oder sich in deren Ausbildung befinden und der/die Jagdhundehalter*in im Besitz eines gültigen Jagdscheins ist. Der/Die Hundeführer*in ist Jagdpächter*in oder Jagderlaubnisscheininhaber*in in einem Jagdrevier der Gemeinde Haßloch.

- (2) Hunde, für die nach Abs. 1 Nr. 1 bis 5 und Nr. 7 Steuerbefreiung gewährt wird, sind bei der Bemessung der Steuer für zu versteuernde Hunde nicht in Ansatz zu bringen. Werden von einem/einer Hundehalter*in neben Hunden, welche von der Steuer nach Abs. 1 Nr. 6 befreit sind, weitere zu versteuernde Hunde gehalten, so gelten diese für die Bemessung der Steuer als zweite oder weitere Hunde.
- (3) In den Fällen des Abs. 1 Nr. 2 wird Steuerbefreiung nur für einen Hund gewährt.
- (4) In den Fällen des Abs. 1 Nr. 6 wird die Steuerbefreiung, anknüpfend an den Beginn der Steuerpflicht nach § 5 Abs. 1, auf die Dauer von einem Jahr in Höhe des Steuersatzes für den ersten Hund nach § 6 begrenzt. Sie wird je Haushalt innerhalb von fünf Jahren nur für einen Hund gewährt. Die Steuerbefreiung ist, bei Weitergabe des Hundes, nicht auf andere Personen übertragbar.

§ 9 Steuerermäßigung

- (1) Die Steuer ist auf Antrag des/der Steuerpflichtigen auf die Hälfte zu ermäßigen für das Halten von Hunden, die zur Bewachung von bewohnten Gebäuden, welche von dem nächsten bewohnten Gebäude mehr als 200 m entfernt liegen, erforderlich sind, jedoch höchstens für zwei Hunde.
- (2) Werden von einem/einer Hundehalter*in neben Hunden, für welche die Steuer nach Abs. 1 ermäßigt wird, voll zu versteuernde Hunde gehalten, so gelten diese für die Bemessung der Steuer als zweite oder weitere Hunde.

§ 10 Allgemeine Bestimmungen für die Steuerbefreiung und die Steuerermäßigung

- (1) Die Steuervergünstigung (Steuerbefreiung und Steuerermäßigung) wird wirksam mit Beginn des auf die Antragstellung folgenden Monats.
- (2) Die Steuerfreiheit oder Steuerermäßigung wird nur gewährt, wenn
 - 1. die Hunde für den angegebenen Verwendungszweck geeignet sind. Die Geeignetheit kann von der Vorlage eines entsprechenden Nachweises abhängig gemacht werden,
 - 2. Der/die Halter*in der Hunde in den letzten fünf Jahren nicht wegen eines Vergehens gegen tierschutzrechtliche Bestimmungen belangt wurde,
 - 3. für die Hunde geeignete, den Erfordernissen des Tierschutzes entsprechende Unterkunftsräume vorhanden sind,
 - 4. in den Fällen des § 8 Abs. 1 Nr. 4 ordnungsgemäß Bücher über den Bestand, den Erwerb, die Veräußerung und die Abgänge der Hunde geführt und auf Verlangen vorgelegt werden.

§ 11 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 16 KAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig
 - 1. als Hundehalter*in entgegen § 3 Abs. 1 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig anmeldet,
 - 2. als Hundehalter*in entgegen § 3 Abs. 2 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig abmeldet,

3. als Hundehalter*in entgegen § 3 Abs. 3 den Wegfall der Voraussetzungen für eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung nicht rechtzeitig anzeigt,
 4. als Hundehalter*in entgegen § 4 Abs. 1 einen Hund außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundbesitzes ohne sichtbar befestigte gültige Hundesteuermarke umherlaufen lässt, die gültige Hundesteuermarke auf Verlangen eines/einer Beauftragten der Gemeinde nicht vorzeigt oder dem Hund andere Gegenstände, die der Hundesteuermarke ähnlich sind, anlegt,
 5. die Auskunftspflicht verletzt, die im Zusammenhang mit der Hundebestandsaufnahme gemäß § 4 Abs. 2 gegeben ist.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

§ 12 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 01.01.2022 in Kraft.

Hinweis: Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Haßloch, den 05.11.2021
Gemeindeverwaltung Haßloch
gez.
Tobias Meyer
Bürgermeister